Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 92 (2001)

Heft: 24

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

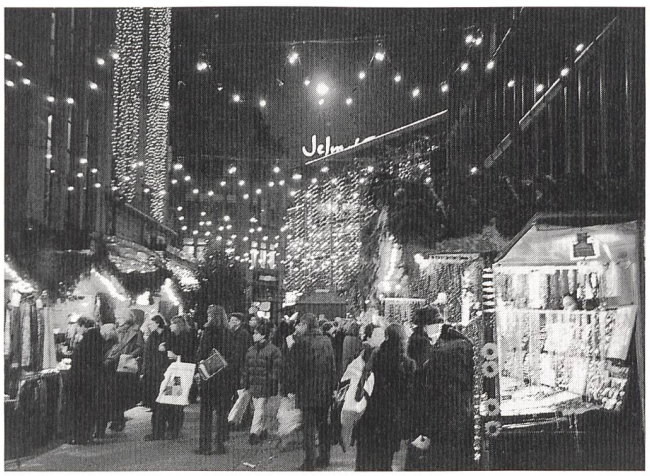
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

OME: Pour un approvisionnement électrique de qualité

(detec) La population et l'économie doivent bénéficier à l'avenir aussi d'un approvisionnement électrique sûr, concurrentiel et avantageux. L'ordonnance sur le marché de l'électricité (OME), soumise le 5 octobre à consultation, vise à réglementer l'ouverture de ce marché en Suisse. Les éléments clés en sont la garantie de la sécurité de l'approvisionnement, le renforcement de l'énergie hydraulique et du courant vert, la protection des petits clients, des prescriptions servant au calcul de redevances d'acheminement équitables ainsi que des mesures en faveur du personnel concerné par l'ouverture du marché. La consultation durera jusqu'à fin novembre. Le 15 décembre 2000, le Parlement a adopté la loi sur le marché de l'électricité (LME) à une large majorité. D'entente avec le Conseil fédéral, le DETEC a élaboré le projet d'ordonnance sur le marché de l'électricité (OME) avant la votation référendaire sur la loi, et il en a débattu avec les milieux intéressés. Cette procédure permet au Conseil fédéral de montrer comment il compte mettre en ouvre la LME.



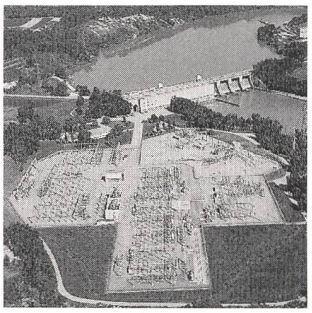
Une ouverture du marché qui bénéficiera aussi aux petits clients.

«EnergieSchweiz» lanciert Ökostrom-Kampagne

«EnergieSchweiz» hat am 3. Oktober, zusammen mit der Elektrizitätswirtschaft und lokalen Umweltorganisationen, eine landesweite Kampagne für Ökostrom lanciert. Unter dem Slogan «Natürlich! Strom aus erneuerbaren Quellen» wurde mit 65 Veranstaltungen in allen Teilen der Schweiz für den vermehrten Einsatz sauberer Energie geworben.

Ökostrom stammt ausschliesslich aus erneuerbaren Energiequellen: Sonne, Biomasse, Erdwärme, Wind und Wasser. Die Nutzung dieser natürlichen Energieformen ist aus ökologischer Sicht nicht gleichwertig. Anlagen zur Nutzung von Sonne, Wind oder Biomasse sind meist neueren Datums. Sie erfüllen die heutigen gesetzlichen Anforderungen besonders auch im Hinblick auf den Umweltschutz.

Den Konsumentinnen und Konsumenten dienen Gütesiegel – so genannte Labels – als Orientierungshilfen. Die Labels beruhen auf ökologischen Bewertungen der Anlagen. In der Schweiz gibt es zurzeit die beiden Labels naturemade und TÜV. Sie unterscheiden zwischen Strom aus erneuerbaren



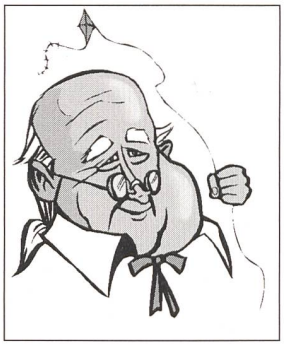
Mit 65 Veranstaltungen wurde in allen Teilen der Schweiz für den vermehrten Einsatz sauberer Energie geworben: zahlreiche Wasserkraftwerke öffneten ihre Tore für Besichtigungen (im Bild die Anlage Verbois bei Genf).

Energien und Ökostrom im engeren Sinn und weisen auf besondere ökologische Leistungen hin (zum Beispiel «naturemade star»). So wissen die Kunden, wie ihr Strom produziert wird.

Wirtschaftsspitzenverbände lehnen die Protokolle zur Alpenkonvention ab

(es) Die beiden Wirtschaftsspitzenverbände, Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband (SGV), lehnen die neun Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention definitiv ab. Sie appellieren dringend an die eidgenössischen Räte, die Ratifizierung zu verweigern. Auf dem Spiel stehe die Entwicklung von mehr als 60% des schweizerischen Staatsgebietes. Economiesuisse und der SGV rufen in Erinnerung, dass sich das Schweizervolk kürzlich an der Urne klar gegen eine Neuorientierung in der Energie- und Umweltpolitik ausgesprochen hat. Es gehe deshalb nicht an, dass irgendwelche internationale, rechtlich nicht legitimierte Protokolle die Grundsätze der schweizerischen Politik bestimmen.

Der Blitzableiter



Stabilität gefragt

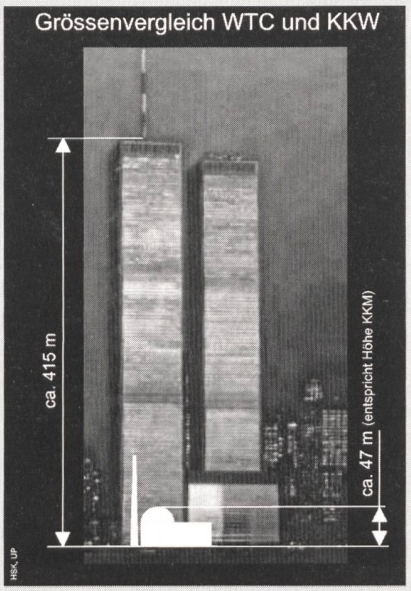
Die jüngsten politischen Entwicklungen zeigen, dass die Menschen in einer zu schnell sich wandelnden Welt nach Stabilität suchen. So will man um jeden Preis die nationale Fluggesellschaft mit dem Schweizer Kreuz retten – auch mit staatlichen Mitteln – obwohl die Firma schon längst privat ist. Auch die kantonalen und kommunalen Bestrebungen bezüglich Privatisierung von Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben es zunehmend schwer. Kunden schätzen Destabilisierung generell überhaupt nicht. Dies gilt nicht nur für die technischen Aspekte einer sicheren Stromversorgung, sondern auch für dauernd wechselnde Lieferantennamen und Lieferkonditionen. So haben in der Schweiz viele Kunden im Telekom-Bereich zwar mehrere Lieferanten, aber kaum jemand hat mehr den Durchblick, was wo und wie abgerechnet wird. Auch mein Lieblingsschampoo habe ich kürzlich gewechselt, weil die Flasche derart verändert wurde, dass ich sie nicht mehr fand im Regal. Bewährtes bringt offenbar, was der Kunde zurzeit am meisten sucht: Stabilität.

B. Frankl

Informationsaustausch über die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen

(hsk) Die Deutsch-Schweizerische Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DSK) hat ihre Jahrestagung vom 24. bis 26. Oktober 2001 in Rheinsberg (D) abgehalten. Themen an der Tagung waren unter anderem der Informationsaustausch über den Schutzgrad der Kernkraftwerke gegen Terroranschläge sowie die Massnahmen und Studien, die dazu in den beiden Ländern ergriffen bzw. in Auftrag gegeben wurden. Weiter wurde das Vorgehen besprochen und beschlossen, um den gegenseitigen Informationsaustausch über die nukleare Entsorgung weiterzuführen und noch zu verstärken.

Aus aktuellem Anlass nahmen die Diskussionen zu den Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York auf die Sicherheit der Kernanlagen einen breiten Raum ein. In beiden Ländern wird die aktuelle Bedrohungslage für Kernanlagen, insbesondere für Terroranschläge aus der Luft, als gering eingeschätzt. Obwohl in Deutschland und in der Schweiz die Kernkraftwerke einen gewissen Schutz gegen die Folgen von bestimmten, unfallbedingten Flugzeugabstürzen aufweisen, sind in beiden Ländern vertiefte Untersuchungen zum gezielten Absturz vollbetankter Grossflugzeuge in Auftrag gegeben worden. Massnahmen für einen zusätzlichen Schutz gegen Terroranschläge sollen diskutiert werden. Die intensiven Kontakte zwischen den zuständigen deutschen und schweizerischen Behörden werden weitergeführt.



Nach Einschätzung von Zivilpiloten sei ein Angriffabsturz auf ein KKW mit einer schweren, vollbetankten Passagiermaschine bei hoher Geschwindigkeit kaum machbar (Bild HSK).

Bestandesaufnahme über vernetzte Systeme

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington sind weltweit zahlreiche Bedrohungsszenarien zu revidieren. Hohe Risiken bergen die vernetzten Informations- und Kommunikations- und Energiesysteme, ohne die unsere Gesellschaft nicht mehr funktionsfähig ist. Die Stiftung InfoSurance in Zürich, die in der Schweiz die wesentlichen Aktivitäten zur Wahrung der Sicherheit der Informations- und Kommunikations-Infrastruktur koordiniert, reagiert unverzüglich. Sie wird in einer Serie von Gesprächen am runden Tisch zusammen mit Vertretern der exponierten Sektoren unserer Gesellschaft und Wirtschaft in den nächsten Monaten eine aktuelle Bestandesaufnahme und Analyse der Gefährdungen vornehmen.

Die meisten kritischen Infrastrukturen in der Schweiz sind genügend resistent gegen zufällige Störungen oder Unfallfolgen. Gegen gezielte Überraschungsangriffe jedoch, mit denen die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit unseres Landes beeinträchtigt werden soll, reicht dies nicht aus. Infolge Vernetzung und gegenseitiger Abhängigkeiten kritischer Infrastrukturen kumulieren Risiken in oft kaum übersehbarem Ausmass. So funktionieren zum Beispiel Energieversorgung und Telekommunikation nur mit Computersystemen, die wiederum abhängig sind vom Stromnetz und vom Netz der Telekommunikationsgesellschaften. Ziel der InfoSurance Round Tables ist deshalb, sektorspezifisch und sektorübergreifend die Informationsrisiken und -abhängigkeiten in der elektronisch vernetzten Wirtschaft und Gesellschaft zu definieren und zu bewerten sowie Strategien und Massnahmen zur Risikovermeidung oder -verminderung zu erarbeiten.

Zürcher Volksinitiative will «Atomfragen vors Volk» bringen

(sva) Das Zürchervolk soll darüber entscheiden können, ob auf Kantonsgebiet ein Endlager für hochradioaktive Abfälle erstellt wird. Dies will die am 11. September 2001 lancierte kantonale Volksinitiative «Atomfragen vors Volk». Hinter dem Komitee stehen die Gruppierungen Interessengemeinschaft Energie und Lebensraum (Igel) und die Bewegung gegen eine Atommülldeponie in Benken (Bedenken).

Nidwalden erteilt Konzession für Wellenberg-Sondierstollen

(efch) Der Regierungsrat von Nidwalden hat am 25. September der Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW) die Konzession für den Bau eines Sondierstollens am Wellenberg erteilt. Gleichzeitig hat er alle Einsprachen als unbegründet abgelehnt. Um mit dem Bau des Sondierstollens zu beginnen, muss jetzt das Nidwaldener Stimmvolk noch Ja sagen.

Umstrittene EU-Energiesteuer

(sk) Nach wie vor umstritten ist die geplante Energiesteuer in der Europäischen Union. Eindeutige Befürworter einer solchen Steuer sind bislang nur Deutschland und Frankreich. Dezidierte Gegner von Energiesteuern sind Spanien, Irland und Grossbritannien. Für einen Beschluss in Bezug auf EU-weite Steuerpolitik müssten alle Mitgliedsstaaten zustimmen. Beim U-Gipfel Mitte Dezember in Brüssel will die amtierende belgische EU-Ratspräsidentschaft die Staats- und Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten zu einer Entscheidung drängen.

Übergangssystem zur grenzüberschreitenden Tarifierung

Der Dachverband Union of the Electricity Industry-Eurelectric, der die Stromerzeuger, -verteiler und -versorger – das heisst die wichtigsten Benutzer der Stromnetze – vertritt, hat dem Vorschlag des Verbands europäischer Netzbetreiber ETSO zugestimmt, der einen ein Jahr lang geltenden Notbehelf für die Vergütung der Netzbenutzung in der grenzüberschreiten Stromübertragung in der EU darstellt. Eurelectric hat jedoch gleichzeitig seine deutlichen Vorbehalte gegenüber dieser «Übergangslösung» zum Ausdruck gebracht, und fordert, dass binnen einem Jahr eine endgültige Lösung gefunden werden muss. Eurelectric listet die Bedingungen auf, die dabei erfüllt sein sollten. Die Vergütung der Übertragungsnetzbetreiber im grenzüberschreitenden Stromhandel ist eine der ungelösten Schlüsselfragen bei der anstehenden Verwirklichung eines echten und transparenten europaweiten Strommarkts.

Mecanisme provisoire pour les tarifs des réseaux électriques

Union of the Electricity Industry-Eurelectric a accepté un projet présenté par l'organisation européenne des opérateurs de réseaux électriques, ETSO, visant à mettre en place une solution provisoire d'un an pour la tarification du transport transfrontalier d'électricité dans l'UE. Toutefois, Eurelectric, l'association représentant les producteurs, distributeurs et fournisseurs d'électricité – principaux utilisateurs des réseaux – a exprimé clairement ses réserves concernant cette solution «transitoire», a exigé la mise en place d'une solution définitive d'ici un an, et a présenté une liste de conditions qu'elle veut voir remplies. La question de savoir comment les opérateurs des systèmes de transport seront compensés pour l'usage de leurs réseaux demeure l'une des questions essentielles non résolues dans le cadre actuel de développement d'un marché européen transparent de l'électricité.

Solarstrom-Programm verfehlt Ziel

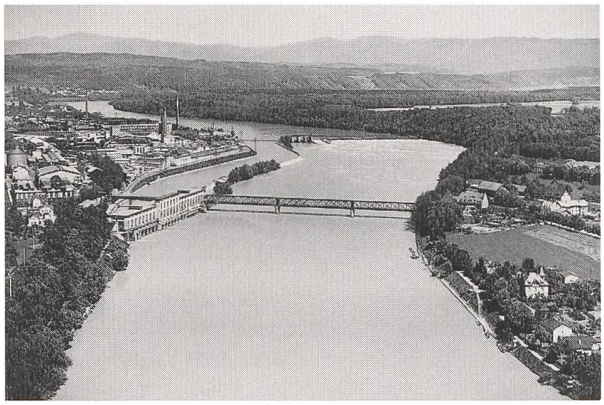
(vw) Das Solarstrom-Programm der deutschen Bundesregierung hat offenbar das Ziel einer Preissenkung für diese Anlagen verfehlt. Das geht aus einem Bericht des Bundesrechnungshofes hervor. Zwar erfülle das Programm das Ziel, die Hersteller-Kapazitäten hochzufahren. «Die durch eine Erhöhung des Angebotes angestrebte Preisreduzierung wurde jedoch nicht erreicht, weil die künstlich angeregte Nachfrage das Angebot deutlich überstieg». Deshalb seien die Preise für Solarstrom-Anlagen im Jahr 2000 deutlich gestiegen.

Philippsburg 2 abgestellt

(ebw/m) Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat Block 2 des Kernkraftwerks Philippsburg zur beschleunigten Klärung des meldepflichtigen Ereignisses vom August vorübergehend abgefahren. Dies ist das Ergebnis von Gesprächen zwischen dem Bundesumweltministerium, dem baden-württembergischen Umwelt- und Verkehrsministerium und der EnBW am am 7. Oktober. Nach Abschluss der Jahresrevision 2001 war Block 2 des KKW Philippsburg wieder in Betrieb gegangen, ohne dass das Kühlmittel in drei von insgesamt vier Flutbehälterpaaren die spezifizierte Borkonzentration hatte. Für das Ministerium von Baden-Württemberg hatte das Vorkommnis ernsthafte Zweifel an einer zuverlässigen Betriebsführung der Anlage aufgeworfen.

Schritt für Ausbau der grossen Wasserkraft am Rhein

(bw) Die EU ermöglicht mit einer neuen Richtlinie die Förderung von grossen Wasserkraftanlagen. «Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz muss nun konsequenterweise auch die grosse Wasserkraft einbeziehen», forderten Baden-Württembergs Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller und Wirtschaftsminister Walter Döring. Die Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen von derzeit knapp 6% bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Dazu sei der weitere Ausbau der Wasserkraft in Baden-Württemberg, die bereits rund 5% der gesamten Stromerzeugung und damit den grössten Anteil der regenerativen Energiequellen ausmache, unverzichtbar. Am Neckar und am Rhein bestehe noch ein hohes Ausbaupotenzial. Experten aus beiden Ministerien und der Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG informierten Abgeordnete des Bundes und des Landes sowie Fachleute der Berliner Ministerien über den hohen Stellenwert der Wasserkraft für Baden-Württemberg (s. auch Bericht in der Rubrik «News aus den Elektrizitätswerken»).



Wieder im Gespräch: Ausbau der Grenzkraftwerke am Hochrhein (im Bild Rheinfelden).

120 000 Tonnen Elektroschrott

Der TV gibt den Geist auf, die Küchenmaschine ist unreparierbar. Und jetzt? Entsorgen, ganz einfach. Sie übergeben Ihr Gerät einer offiziellen, mit dem S.EN.S-Label bezeichneten Rücknahmestelle des Fach- und Detailhandels. Fragen Sie nach den Entsorgungskosten. Prüfen Sie das Angebot und vergleichen Sie. Es lohnt sich. Schluss mit Elektroschrott im Abfallsack: Das Gesetz verpflichtet Kundinnen und Kunden zur Rückgabe, den Handel zur Rücknahme und umweltverträglichen Entsorgung. Rund 120 000 Tonnen Elektro- und Elektronikschrott müssen jährlich in der Schweiz umweltverträglich entsorgt werden. Die führenden Anbieter von Elektroapparaten arbeiten deshalb mit der S.EN.S zusammen. Gute Adressen also für die Konsumentinnen und Konsumenten.

Entsorgung gesichert!
S.EN.S

Mit den Subventionen für 100 000 Photovoltaikanlagen auf deutschen Hausdächern will die Bundesregierung dem Solarstrom zum Durchbruch verhelfen.

Selbstkontrolle gefordert

(r) Bei der Eröffnung des neuen Hauptstadtbüros des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) am 17. Oktober in Berlin forderte Bundeswirtschaftsminister Werner Müller die deutsche Stromindustrie auf, wettbewerbswidrige Praktiken einzelner Firmen selbst zu kontrollieren. Es sei in aller Interesse, dass einzelne Störfälle von einer Beschwerdestelle innerhalb des Verbandes geregelt werden und nicht von einem staatlichen Regulierer. Der VDEW äusserte sich zuversichtlich, dass dieses durch «einige schwarze Schafe» geschaffene Problem innerhalb der Branche gelöst werden könne.

Haben Stromlösungen in der Hauswärmetechnik eine Zukunft?

Wärmepumpe erfüllt hohe primärenergetische Vorgaben (Bild CTA).

(hea) Auf der Basis neuer technischer Normen wird es mit der neuen deutschen Energieeinsparverordnung erstmals möglich sein, die Effizienz der Anlagentechnik in die Bewertung der energetischen Qualität von Gebäuden einzubeziehen.

Dabei können Bauherren und Planer frei entscheiden, mit welchen Massnahmen sie die vorgegebenen Zielwerte erreichen – ob mit besserem Wärmeschutz oder mit optimierter Anlagentechnik, unter Einsatz erneuerbarer Energien oder mit Konzepten zur Wärmerückgewinnung.

Durch die neue Verordnung ist ein fairer Wettbewerb zwischen den einzelnen Energiearten für Heizung und Warmwasserbereitung möglich. Denn es muss dem Verbraucher überlassen sein, welche Energie er nutzen will.

Und diesen Wettbewerb brauchen innovative stromgeführte Systemlösungen nicht zu scheuen – sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht. Das ergeben aktuelle Berechnungen des Fachverbandes für Energiemarketing und -anwendung (HEA). Beispielsweise Kombinationen aus Wärmepumpe, Wohnungslüftung mit Wärmerückgewinnung und dezentraler elektrischer Warmwasserbereitung erfüllen deutlich primärenergetische Vorgaben.

Bundeskartellamt untersucht Netznutzungsentgelte

(bmw) Das deutsche Bundeskartellamt hat gegen 22 Stromnetzbetreiber Untersuchungen wegen des Verdachts überhöhter Netznutzungsentgelte und der Behinderung anderer Stromanbieter eingeleitet. Bei den angeschriebenen Unternehmen handelt es sich um Stadtwerke, Regionalversorger und Verbundunternehmen mit länderübergreifenden Netzgebieten. Ein Vergleich auf der Basis einer vom Bundesverband der Energie-Abnehmer (VEA) veröffentlichten Netzentgeltuntersuchung für Industrie- und Gewerbekunden zeigt, dass die Netzentgelte der 22 betroffenen Unternehmen zwischen 10% und 80% höher liegen als die zum Vergleich herangezogenen Entgelte zum Beispiel der Netzbetreiber RWE und EnBW. Im Tarifkundenbereich ergeben Netzentgeltvergleiche Unterschiede bis zu 30%.

Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), der über 970 Stadtwerke in Deutschland vertritt, hat sich deutlich gegen pauschale Vorverurteilungen durch die Kartellämter gewehrt. Die Stadtwerke liessen sich nicht in die Ecke der Wettbewerbsverhinderer drängen. Zum einen seien die eingeleiteten Untersuchungen des Bundes- und einiger Landeskartellämter wegen des Verdachts überhöhter Netznutzungsentgelte nicht nur gegen kommunale Netzbetreiber, sondern auch gegen regionale und überregionale Stromversorger eingeleitet worden, was in der Öffentlichkeit oft nicht wahrgenommen werde. Zum anderen spiegelten die Netzkosten die unterschiedlichen Strukturen von Netzen und Netzgebieten wider.

Bundeskartellamt gegen «unbillige Abrechnung von Regelenergie»

(vk/sk) Das deutsche Bundeskartellamt hat ein Missbrauchsverfahren gegen die Stromnetzbetreiber Bewag AG, die EnBW Transportnetze AG, die Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) und die Vereinigte Energiewerke AG (VEAG) eingeleitet. Es bestehe der Verdacht, dass diese Unternehmen ihren Wettbewerbern unangemessene und zum Teil fiktive Kosten für Ausgleichsenergie in Rechnung stellen, so die Behörde.

Nicht ohne Kernkraft

(zk) EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio betonte in ihrer Ansprache an der Weltenergiekonferenz in Buenos Aires die Bedeutung einer zuverlässigen, erschwinglichen und sauberen Energieversorgung. Nach ihrer Auffassung kann dabei nicht auf die Kernkraft verzichtet werden. Kernkraft sei nicht nur ein wichtiges Element zur Diversifizierung und damit zur Verringerung von einseitigen Abhängigkeiten, ohne Kernkraftwerke könnten aus ihrer Sicht auch nicht die Klimaschutz-Ziele des Kyoto-Protokolls erreicht werden, sagte die spanische Energie-Kommissarin.

Kraftwerk-Bauboom in Italien?

(v/sv) In Italien werden seit zwanzig Jahren kaum neue Kraftwerke gebaut, während der landesweite Strombedarf jährlich um durchschnittlich 3% zunimmt. Die italienische Regierung plant deshalb eine Verordnung, durch die Genehmigungsverfahren bei der Errichtung und Modernisierung von Kraftwerken beschleunigt werden sollen. Derzeit gibt es bereits entscheidungsreife Bauvorhaben mit rund 10 000 MW Gesamtleistung. Die italienische Regierung hofft so, durch ein Zusatzangebot neuer Kraftwerke die Strompreise zu senken. Dies soll vor allem den KMU zugute kommen, die derzeit noch im Schnitt 50% mehr für Strom zahlen als im umliegenden Europa.

Nachdem sich Italien vor bald 15 Jahren von der Kernenergie verabschiedete (Bild), sind nun auch pronukleare Signale hörbar. Die Ansicht, dass auf dem Gebiet Kernenergie verstärkt geforscht werden müsse, wird von Wissenschaftern weithin unterstützt. An einem Treffen im November, an dem Mitglieder der italienischen Regierung sowie Vertreter der EU teilnehmen werden, soll die künftige Rolle der Kernenergie in Italien neu beurteilt werden.

Nach einem Volksreferendum im Jahre 1987 wurden die fünf italienischen Kernkraftwerke stillgelegt oder in konventionelle umgebaut (Bild Enel).